

# Antworten auf die Wahlprüfsteine von Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft anlässlich der Bundestagswahl 2021



## **1) Wie ist Ihre Position zu unserer Forderung: Konsequente Umsetzung des Verursachungs-, Vermeidungs- und des Vorsorgeprinzips. Es ist ein Handeln bezogen auf den gesamten Wasserkreislauf notwendig. Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Verursachung, Vermeidung und Vorsorge gibt.**

Im Gewässerschutz wie auch in vielen anderen Politikfeldern setzen wir GRÜNE auf eine konsequente Umsetzung des Verursacher- sowie des Vorsorgeprinzips. Darüber hinaus wollen wir den Eintrag von Schadstoffen an der Quelle soweit wie möglich minimieren. Zum Schutz unseres Grundwassers, der Seen, Flüsse und Meere wollen wir deshalb klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur Flächenbindung der Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemittelleinsatzes, verankern sowie die Kläranlagen verbessern. Wir wollen die Produktverantwortung von Hersteller\*innen stärken. So verringern wir etwa durch verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung von Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser. Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen. Wir setzen das EU-Wasserrecht endlich konsequent um und reduzieren den Eintrag von hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich.

## **2) Ihre Position zu der Forderung: Beiträge zur Klimaanpassung in der öffentl. Wasserwirtschaft einbeziehen. Die Wasserwirtschaft kann wertvolle Beiträge zur Klimaanpassung leisten und muss daher konsequent in die Entwicklung und Umsetzung von Klimaanpassungsstrategien und -maßnahmen einbezogen werden.**

Aus unserer Sicht muss die Wasserwirtschaft in die Entwicklung und Umsetzung von Klimavorsorgestrategien einbezogen werden. Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Wasserversorgern einen Zukunftsplan für die Wasserversorgung in Deutschland erarbeiten, um die öffentliche Trinkwasserversorgung auch in Zeiten der Klimakrise langfristig sicherzustellen. Dazu zählt ein klarer rechtlicher Rahmen für ein nachhaltiges Wassermanagement. Insbesondere zunehmende Dürreperioden stellen die Wasserversorger vor immer größere Herausforderungen. Um Nutzungskonflikte zu vermeiden brauchen wir ein neues, nachhaltiges Wassermanagement, das alle Nutzungsansprüche in den Blick nimmt und klar priorisiert. Dazu gehören auch Anreize zum Wassersparen in Landwirtschaft, Industrie und Haushalten oder die Verwendung von Grau- und Regenwasser für die Spülung von Toiletten oder Gartenbewässerung sowie eine langfristige Anpassung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur an einen reduzierten Wasserverbrauch.

## **3) Ihre Position zur Forderung: Nutzungskonkurrenzen und Wasserknappheit – Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung sicherstellen: Alle Nutzergruppen müssen ihren Beitrag leisten, noch bewusster mit Wasser umzugehen und den Wassergebrauch an die veränderten Bedingungen anzupassen.**

Die öffentliche Wasserversorgung soll künftig gegenüber privatwirtschaftlichen Interessen gesetzlich besser gestellt werden: Wir GRÜNE wollen einen Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung für den Fall sicherstellen, dass es zu Nutzungskonflikten kommt. Zu einem bewussteren Umgang mit Wasser gehören wie in Frage 2 bereits aufgeführt auch Anreize zum Wassersparen in Landwirtschaft, Industrie und Haushalten oder die Verwendung von Grau- und Regenwasser für die Spülung von Toiletten oder Gartenbewässerung sowie eine langfristige Anpassung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur an einen reduzierten Wasserverbrauch. Darüber

hinaus wollen wir die Wiederverwendung von Abwässern und die Speicherung von Regenwasser stärken.

**4) Ihre Position zu unserer Forderung zur Modernisierung der Abwasserabgabe: Die Finanzierungslast von Maßnahmen zum Schutz der Gewässer darf nicht einseitig der kommunalen Abwasserwirtschaft auferlegt werden, ohne weitere Verursachende in die Finanzierungspflicht zu nehmen.**

Auch aus unserer Sicht darf die Finanzierungslast von Maßnahmen zum Schutz der Gewässer nicht einseitig der kommunalen Abwasserwirtschaft auferlegt werden. Die eigentlichen Verursacher\*innen müssen mit in die Finanzierungspflicht genommen werden. Deswegen wollen wir GRÜNE durch die Einführung eines Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe künftig eine faire Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung erreichen.

**5) Ihre Position zu unserer Forderung zur Modernisierung der Abwasserabgabe: Bei Verursachenden müssen dringend erforderliche Anreize zu gewässerschonenden Maßnahmen gesetzt werden.**

Auch aus unserer Sicht müssen bei Verursachenden dringend Anreize gesetzt werden, um die Gewässerbelastung zu reduzieren. s.a. Antwort zu Frage 4.

**6) Ihre Position zu unserer Forderung zur WRRL-Umsetzung: "Bis 2027 müssen die Ziele der WRRL erreicht werden. Die Wasserpolitik muss den Transparenzansatz der Länder und des Bundes mit der Kommission abstimmen. Dabei müssen die personellen und finanziellen Ressourcen verbessert werden."**

Wir GRÜNE wollen die Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen. Neben den in unsere Antwort zu Frage 1 aufgeführten Maßnahmen wollen wir auch den anthropogenen Eintrag weiterer Stoffe wie Quecksilber und anderer umwelt- und gesundheitsschädlicher Stoffe wie Schwermetalle so schnell und so weit wie möglich reduzieren. Auch die Naturnähe und damit die Wasserrückhalte- und Filterwirkung vieler Gewässer und Einzugsgebiete muss dringend verbessert werden, dabei werden wir von Bundesebene die Länder unterstützen.

**7) Ihre Position zu unserer Position: Nutzung der Energiepotenziale der öffentlichen Wasserwirtschaft stärken: Es sind bessere Rahmenbedingungen für die öffentliche Wasserwirtschaft zur Förderung der Nutzung der Energiepotenziale notwendig.**

Die öffentliche Wasserwirtschaft leistet neben den Aufgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge auch einen wichtigen Beitrag zur Nutzung der erneuerbaren Energien und damit zum Klimaschutz. Für die Energiewende stellt besonders die Klärgasverstromung einen wirksamen und effektiven Beitrag dar. Wir GRÜNE unterstützen dieses regional nachhaltige Handeln. Grundsätzlich wollen wir mit einer umfassenden Reform der Abgaben, Umlagen und Steuern für eine faire Kostenverteilung und wettbewerbsfähige Strompreise sorgen. Dazu gehört auch die Senkung der EEG-Umlage aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

**8) Ihre Position? "Geeignete finanzielle Rechtsrahmen zur Unterstützung der öffentl. WaWi: Der Rechtsrahmen muss gestärkt werden, damit die Zusammenarbeit/Kooperation in der öffentl. WaWi finanziell verbessert und Organisationformen der Interkommunalen Zusammenarbeit möglich gemacht werden kann."**

Wasser ist lebensnotwendig, die öffentliche Wasserversorgung darf nicht dem Wettbewerb an einem freien Markt unterliegen. Deshalb unterstützen wir GRÜNE die öffentliche Wasserwirtschaft. Außerdem wollen wir die interkommunale Kooperation stärken - gerade auch in Zeiten drohender Dürren. Hier muss dringend eine Lösung für die durch das EU-Recht vorgeschriebenen Änderungen des Paragraphen 2b Umsatzsteuerrecht gefunden werden, damit interkommunale Kooperationen nicht erschwert werden.

